**Petition zur Verteidigung der Rechte von Menschen mit geistigen Behinderungen und ihrer Familien in Zeiten des Covid-19-Notstands.**

Da die Europäische Union (EU) **das Übereinkommen der Vereinten Nationen (VN) über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (VN-Behindertenrechtskonvention, VN-BRK**) ratifiziert hat und ihm im Dezember 2010 beigetreten ist, ist die EU dafür verantwortlich, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten[[1]](#footnote-1) und ihrer Politikbereiche[[2]](#footnote-2) die Achtung aller in dem Übereinkommen verankerten Rechte zu gewährleisten.

Justiz und Grundrechte sind einer der Politikbereiche der EU. Die **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** fasst alle persönlichen, bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte zusammen, die den Menschen in der EU zustehen[[3]](#footnote-3).

In Artikel 26 der EU-Charta wird Folgendes ausdrücklich erwähnt:

*„Die Union anerkennt und achtet den Anspruch von Menschen mit Behinderung auf Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Eigenständigkeit, ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung und ihrer Teilnahme am Leben der Gemeinschaft.“[[4]](#footnote-4)*

Der Website der EU ist zu entnehmen, dass die Europäische Kommission gemäß der Charta keine allgemeine Befugnis hat, im Bereich der Grundrechte einzugreifen. Sie kann somit nur dann eingreifen, wenn EU-Recht betroffen ist (z. B. wenn EU-Rechtsvorschriften erlassen werden oder **wenn durch eine nationale Maßnahme EU-Recht in einer mit der Charta unvereinbaren Weise angewendet wird**).[[5]](#footnote-5)

Da wir derzeit eine Epidemie und eine Gesundheitskrise durchmachen, möchten wir uns – wenngleich alle Artikel der VN-BRK für diese Angelegenheit von gleicher Bedeutung sind – genauer mit Artikel 11 des VN-BRK befassen, der derzeit von besonderer Relevanz ist.

Tatsächlich wird in Artikel **11 der VN-BRK konkret auf Gefahrensituationen und humanitäre Notlagen verwiesen**:

*„Die Vertragsstaaten ergreifen im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, alle erforderlichen Maßnahmen, um in Gefahrensituationen, einschließlich bewaffneter Konflikte, humanitärer Notlagen und Naturkatastrophen, den Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.“[[6]](#footnote-6)*

Seit 1988 **vertritt Inclusion Europe Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Familien in Europa und kämpft für deren Gleichberechtigung und volle Einbeziehung in alle Bereiche des Lebens**.

Inclusion Europe vertritt derzeit 79 Mitgliedsorganisationen in 39 europäischen Ländern.

Seit dem Beginn des Covid-19-Notstands stellt Inclusion Europe seinen Mitgliedern aktiv Informationen in [leichter Sprache](https://www.inclusion-europe.eu/coronavirus-pandemic/#1584977061628-16fcec00-a699) bereit und [sammelt Informationen](https://www.inclusion-europe.eu/coronavirus-pandemic/#1584977115025-1ebd5d7f-b126) der Mitglieder über die Geschehnisse in den jeweiligen Mitgliedstaaten.

**Wir möchten den Ausschuss auf mehrere Fälle aufmerksam machen, in denen nationale Gesetze weder mit dem VN-BRK noch mit der EU-Charta der Grundrechte vereinbar sind. Zudem ersuchen wir den Ausschuss, sich verstärkt mit den Maßnahmen zu befassen, die zum Schutz von Menschen mit geistigen Behinderungen und ihrer Familien ergriffen werden müssen.**

**Folgende Situation sehen wir derzeit in einigen Ländern:**

* An Covid-19 erkrankte Menschen mit Behinderungen
  + Menschen erhalten wegen ihrer Krankheit keine medizinische

Behandlung , da sie zu „schwierig“ seien;

* + Kommunikation: keine Möglichkeit, die Geschehnisse zu verstehen, hohes Maß an Stress und Angst sowie keine Möglichkeit der Begleitung durch eine Person, die die Geschehnisse erklärt;
  + Sehr schockierende Triage-Richtlinien in Krankenhäusern mit dem klaren Ziel, Menschen mit Behinderungen nicht zu behandeln, weil sie wenig Chancen auf Heilung haben und ihr Leben ohnehin nicht „würdig“ ist
* Tagtäglicher Zugang zu medizinischer Versorgung der Menschen vor der Krise
  + Menschen erhalten keinerlei Unterstützung, wie die International Disability Alliance feststellte: „Menschen mit Behinderungen sterben nicht nur am Coronavirus, wir sterben auch an einem Mangel an Betreuung aufgrund fehlender sozioökonomischer Unterstützung.“
* Kinder erhalten keine Bildung, weil die Schulen nicht mit ihnen kommunizieren können, und Familien sind in Bezug auf sämtliche Aspekte – von der Ernährung bis zur Bildung – auf sich allein gestellt
  + Da das Bildungswesen in ganz Europa vor der Krise kaum inklusiv und sehr stark segregiert war ... ist die Situation in ganz Europa in Krisenzeiten katastrophal. Kinder haben keine Bezugspersonen, da Bezugspersonen in vielen EU-Ländern nicht als „systemrelevante Arbeitsplätze“ gelten.
* Unfähigkeit, Verwandte und Freunde zu erreichen und ein normales, menschliches Gespräch zu führen?
  + Menschen in sogenannten „Pflegeheimen“/-einrichtungen werden eingesperrt. Das bedeutet, dass die Familien sie nicht besuchen können und die Menschen einem sehr hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind, da es, wie schon oft erwähnt wurde, diesen Einrichtungen an Schutzmaterial mangelt.
  + Dadurch zeigt sich, was große stationäre „Pflegeeinrichtungen“ in Wirklichkeit sind: Risiko- und Problemherde, und nicht die „sicheren Räume“, als die sie sich verkaufen. [[7]](#footnote-7)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Situation **hochgradig paradox** ist: Einerseits Menschen in Einrichtungen, die gerne zu ihren Familien zurückkehren würden, dies ihnen jedoch verboten ist, und andererseits diejenigen, die bei ihren Familien „festsitzen“, obwohl sie sich vor allem eines wünschen: unabhängig zu sein!

Das Coronavirus und der Lockdown verdeutlichen die **anhaltende Segregation und Diskriminierung** von Menschen mit geistigen Behinderungen, insbesondere was den Zugang zum Gesundheitswesen anbelangt.

Der Notstand aufgrund des Coronavirus macht das tägliche Leben von Millionen von Menschen in ganz Europa ungemein schlimmer.[[8]](#footnote-8)

**Konkrete Maßnahmen, die die EU ergreifen könnte, um Menschen mit geistigen Behinderungen zu schützen**

Was die unmittelbaren Gesundheitsschutzmaßnahmen anbelangt, so ist sicherzustellen, dass diese sowohl mit der EU-Charta als auch mit dem VN-BRK vereinbar sind; dabei ist zu bedenken, dass jedes Leben von gleichem Wert ist und keine dritte Person in der Lage ist, zu beurteilen, ob das Leben eines Menschen wertvoll ist oder nicht.

Eine realistische Aussicht auf einen Ausstieg aus dem Coronavirus-Lockdown wird Menschen mit geistigen Behinderungen keine Erleichterung bringen. Es wäre lediglich ein symbolischer Beginn eines langwierigen Elends und Leidens, fernab der Aufmerksamkeit der Medien.

Selbst wenn sich die Dinge normalisieren und zu der Situation vor der Pandemie zurückkehren, werden Menschen mit Behinderungen weiterhin von ihren Gemeinschaften und Schulen getrennt bleiben, werden Familien weiterhin einen Großteil der Pflege und Unterstützung leisten und um jeden Zentimeter Fortschritt und Anerkennung kämpfen müssen und werden Menschen mit geistigen Behinderungen keine angemessene Gesundheitsversorgung erhalten.

So unbequem es auch klingt: Es wäre immer noch besser als das, was wir am meisten fürchten müssen: die finanziellen Auswirkungen und die Abschaffung von Dienstleistungen.

Wir haben die tödlichen Auswirkungen der Finanzkrise von 2009 gesehen – die Schließung von Betreuungsdiensten, die Kürzung von Invaliditäts- und Sozialleistungen, massive Arbeitslosigkeit und schließlich den Tribut, den dies für das Wohlergehen und das Leben der Menschen forderte.

Um eine solche Tragödie zu vermeiden, ist es daher von entscheidender Bedeutung, dass die nationalen und EU-Behörden sicherstellen, dass die milliardenschweren Konjunkturspritzen nach Corona in erster Linie Menschen mit Behinderungen und anderen „gefährdeten“ Gruppen zugutekommen.

Bisher sind die Anzeichen wenig ermutigend; die Kommunikation konzentriert sich vor allem auf Unternehmen und Beschäftigung, auf die Verwendung von EU-Kohäsionsmitteln zur Finanzierung aller erforderlichen Corona-Maßnahmen.

Wirtschaft und Beschäftigung sind wichtig, aber sie sind nicht alles. Geld, das jetzt aus Kohäsionsfonds bereitgestellt wird, wird später an anderer Stelle fehlen. Die „Trickle-down“-Wirtschaft funktioniert nicht, wie viele zu Recht betonen, wenn sie nach Übersee schauen.

[…]

**Unsere Priorität muss nun darin liegen, dass Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen wieder zur Normalität zurückkehren; sie müssen beim „Ausstieg aus dem Lockdown“ als erste wieder geöffnet werden.**

Was wir brauchen, sind **finanzielle Maßnahmen nach Corona, die Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Familien nicht nur erreichen, sondern konkret bei ihnen beginnen**.“[[9]](#footnote-9)

1. Beschluss 2010/48/EG des Rates <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.L_.2010.023.01.0035.01.ENG> und Verhaltenskodex 2010/C 340/08 <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:340:0011:0015:DE:PDF> [↑](#footnote-ref-1)
2. The EU has ratified the convention. What does this mean, An-Sofie Leenknecht (Die EU hat das Übereinkommen ratifiziert. Was bedeutet das?), Europäisches Behindertenforum <http://www.edf-feph.org/eu-has-ratified-convention-what-does-mean> [↑](#footnote-ref-2)
3. Justiz und Grundrechte, Website der Europäischen Kommission <https://ec.europa.eu/info/topics/justice-and-fundamental-rights_de> [↑](#footnote-ref-3)
4. EU-Charta, Artikel 26 [↑](#footnote-ref-4)
5. Incorporating fundamental rights into EU legislative process (Einbeziehung der Grundrechte in den EU-Gesetzgebungsprozess), Website der Europäischen Kommission <https://ec.europa.eu/info/aid-development-cooperation-fundamental-rights/your-rights-eu/eu-charter-fundamental-rights/application-charter/incorporating-fundamental-rights-eu-legislative-process_en#strategy> [↑](#footnote-ref-5)
6. VN-BRK, Artikel 11. [↑](#footnote-ref-6)
7. The Plight of Europe's disabled under coronavirus (Die Notlage von Menschen mit Behinderungen in Europa aufgrund des Coronavirus), Mailand Šveřepa, EU Observer, 21. April 2020 <https://euobserver.com/opinion/148118> [↑](#footnote-ref-7)
8. The Plight of Europe's disabled under coronavirus (Die Notlage von Menschen mit Behinderungen in Europa aufgrund des Coronavirus), Milan Sverepa, EU Observer, 21. April 2020 <https://euobserver.com/opinion/148118> [↑](#footnote-ref-8)
9. The Plight of Europe's disabled under coronavirus (Die Notlage von Menschen mit Behinderungen in Europa aufgrund des Coronavirus), Milan Sverepa, EU Observer, 21. April 2020 <https://euobserver.com/opinion/148118> [↑](#footnote-ref-9)